

BundestagskandidatInnen im Nachhaltigkeitstest

Auswertung der Umfrage zur Außenwirtschaftsförderung im Rahmen der Hermes-beweg-Dich-Kampagne

Hermesbürgschaften, zuständig für die Absicherung deutscher Exporte gegen wirtschaftliche und politische Risiken in Entwicklungs- und Schwellenländern, sorgten innerhalb und zwischen den Parteien immer wieder für Auseinandersetzungen. Die SPD übte zu Kohls Ära noch harsche Kritik an der Vergabepaxis von Hermesbürgschaften und verurteilte staatliche Rückendeckungen für den umstrittenen Drei-Schluchten-Staudamm in China. Kaum an die Regierungsmacht gekommen, wandelten die Sozialdemokraten ihre Meinung und vergaben selbst Bürgschaften für das Projekt, obwohl sich inzwischen zahlreiche Kritiken und Befürchtungen bewahrheitet hatten. Hermes-Unterstützung für einen Atomkraftwerksneubau in China, vom grünen Außenminister abgesegnet, bescherte diesem heftige Schelte aus den eigenen Reihen.

Auch die im Koalitionsvertrag vereinbarte Hermesreform war Anlass für diverse Auseinandersetzungen zwischen Grünen und SPD, wobei der kleinere Partner schließlich den Kürzeren zog, so dass im April 2001 die wenig verbindlichen neuen Hermesleitlinien verabschiedet wurden.

Hier schließt sich der Kreis, denn die Leitlinien veranlassten wiederum die CDU zu der Kritik, diese würden die Bürgschaftsvergabe unnötig verkomplizieren.

Wie wird dieser Streit in einer neuen Runde weitergehen, wollten Umwelt-, Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen wissen und befragten bundesweit KandidatInnen der fünf im Bundestag vertretenen Parteien über ihre Einstellung zur Außenwirtschaftsförderung. Die Nichtregierungsorganisationen (NRO) fordern mehr Transparenz, verbindliche Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen und klare Ausschlusskriterien für nicht förderungswürdige Projekte wie z.B. für Rüstungsgüter oder Projekte, die in Naturschutzgebieten realisiert werden sollen. Sie befragten die BundestagskandidatInnen, inwieweit sie diese Ziele unterstützen.

Zwar herrscht vielerorts das Gefühl vor, gerade die beiden großen Parteien unterschieden sich nicht mehr voneinander, bei der Umfrage lässt sich jedoch schon allein an der Teilnahmebereitschaft messen, dass es noch Unterschiede gibt. Insgesamt nahmen 165 KandidatInnen an der Umfrage teil, davon 56 SozialdemokratInnen, 43 Grüne, 25 VertreterInnen der CDU, auf fast gleichem Niveau die PDS mit 22 Antworten, das Schlusslicht bildet die FDP mit 19 TeilnehmerInnen. Nicht alle dieser KandidatInnen füllten tatsächlich den Fragebogen aus,

ein knappes Drittel zog eine Antwort in Briefform vor, erklärtermaßen, um so dem komplexen Thema gerechter zu werden¹.

Nicht nur antwortete die CDU signifikant seltener als die SPD, ihre KandidatInnen schickten zudem fast ausschließlich mit einem Standardbrief, der in der Parteizentrale formuliert worden war. Dieser Brief wendet sich gegen alle Reformforderungen der NRO.. Die überwiegende Mehrzahl der KandidatInnen schließt sich kommentarlos der Parteilinie an und bringt entweder kein Interesse oder aber keinen Mut zu einer eigenen, differenzierteren Meinung auf. Hierin unterscheiden sie sich vor allem von den SPD-KandidatInnen, bei denen es ebenfalls eine von der Parteizentrale vorformulierte Antwortvorlage gibt, die besagt, mit den Hermesleitlinien sei bereits alles Erreichbare realisiert, so dass kein weiterer Reformbedarf bestehe. Von der offiziellen Parteilinie weichen jedoch mehr als zwei Drittel der teilnehmenden SPD-KandidatInnen ab, die den Fragebogen individuell beantwortet haben. Sie sprechen sich klar für weitere Reformschritte aus. Die nächste Streitrunde in Sachen Hermes spielt sich demnach bei der SPD möglicherweise zwischen der Basis, die internationale Solidarität als sozialdemokratisches Ideal hochhält, und der Parteispitze ab.

Ebenfalls aussagekräftig ist, wer in den Parteien geantwortet hat: bei der CDU fehlte die Parteispitze fast vollständig, obwohl sie gerade in den letzten Wochen Umweltthemen zur Chefsache erklärt hat. Ebenso glänzen die umwelt- und energiepolitischen Sprecher durch Nicht-Teilnahme. Von der SPD hingegen partizipierten sowohl die Sprecherin der AG Umwelt als auch zahlreiche Mitglieder aus Partei- und Fraktionsvorstand, Minister und Staatssekretäre an der Umfrage. Die Grünen warten mit Umweltminister Trittin und diversen Staatssekretären als Teilnehmer auf und verweisen auf einen aktuellen Fraktionsbeschluss, "Die ökologisch-soziale Modernisierung auch in der Außenwirtschaftsförderung umsetzen", in dem sie sich klar für weitere Reformschritte aussprechen.

Insgesamt spricht sich eine deutliche Mehrheit der Umfrage-TeilnehmerInnen für die Reformziele der Nichtregierungsorganisationen aus. Im Folgenden werden die Antworten der KandidatInnen zu den Fragen nach

- Transparenz
- Umweltstandards
- Sozialstandards
- Ausschlusskriterien (Rüstung, Naturschutz, Atomkraft, Korruption, Umsiedlung)

dargestellt.

¹ Zur besseren Auswertbarkeit wurden die Aussagen der Briefe, die auf die Fragen der Umfrage eingingen, wie beantwortete Fragebögen bewertet und flossen so in die Graphiken und Auswertung mit ein.

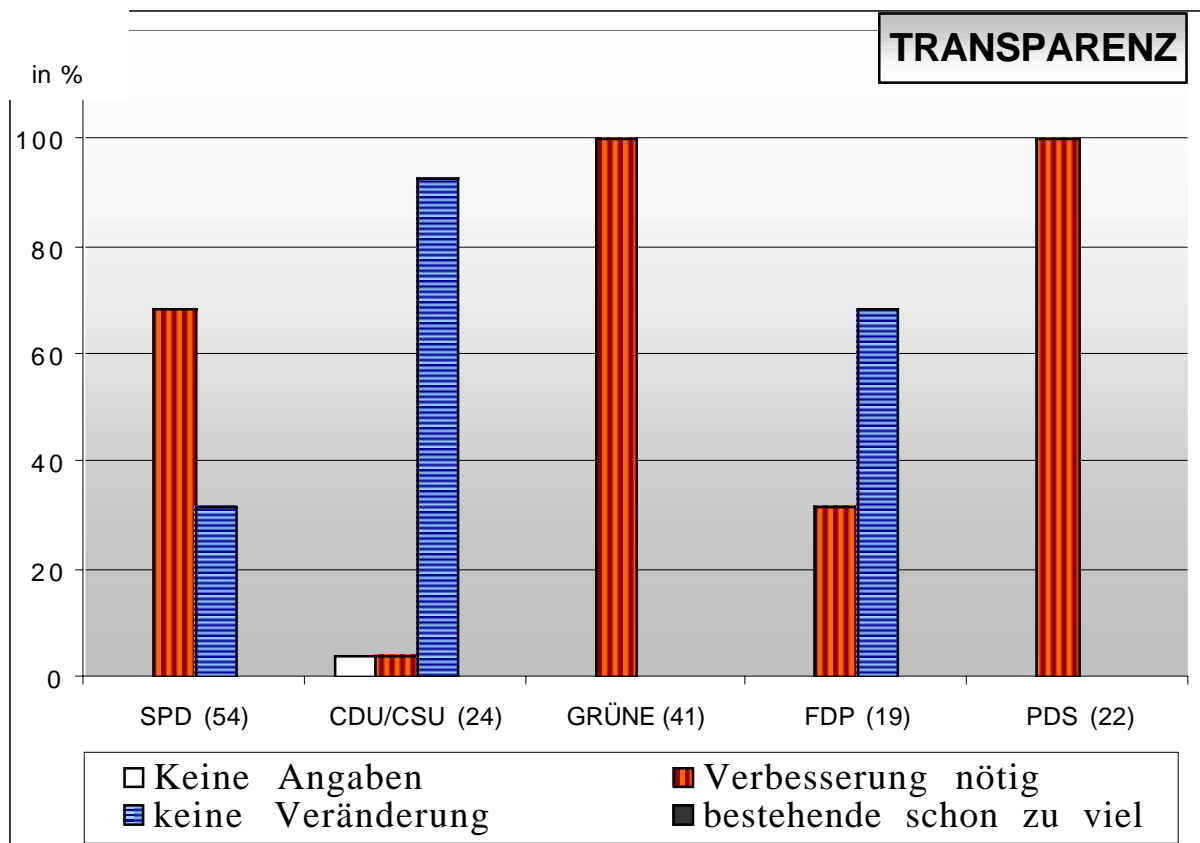
Transparenz

Die Nichtregierungsorganisationen fordern die Veröffentlichung von Projektdaten vor der Entscheidung über Bürgschaften, Garantien oder staatlichen Krediten. So hätten NROs und betroffene Bevölkerung die Möglichkeit, sich zu Projekten zu äußern und zusätzliche Informationen zur Verfügung zu stellen, damit mögliche Konflikte frühzeitig erkannt und ggf. gelöst werden könnten. Dies würde in etwa dem Planungsverfahren für in Deutschland durchgeführte Projekte entsprechen.

Ähnliche Regelungen sind in einigen anderen OECD-Ländern längst gängige Praxis. Zudem hat sich auch die Bundesregierung mit der Unterzeichnung der Aarhus-Konvention dazu verpflichtet, künftig bei umweltrelevanten Informationen größere Transparenz walten zu lassen.

„Wie stehen Sie zu mehr Transparenz in der Außenwirtschaftsförderung?“

- „Ich befürworte eine weitergehende Transparenz“
- „Ich sehe keinen Veränderungsbedarf zur momentan bestehenden Regelung.“
- „Ich halte die bestehenden Regelungen zur Transparenz bereits für zu weitgehend.“



Die Zahlen in Klammern hinter den Parteien geben die Zahl der ausgewerteten Antworten pro Partei an.

Zum Thema Transparenz geben die Parteien folgende Stellungnahmen ab:

- Die **SPD-Spitze** erklärt, dass die neuen Leitlinien für Hermesbürgschaften die Transparenz bereits erhöhen, da Informationen im Internet veröffentlicht werden. Sie verschweigt dabei , dass die Veröffentlichung nur bei Zustimmung durch die Exporteure und erst nach der Vergabe stattfindet, die Einflussmöglichkeiten auf Entscheidungen und Projekte damit bereits deutlich minimiert sind. Die Erhöhung der Transparenz wird als Erfolg der Regierung zitiert, auf die möglichen positiven Effekte einer Vorabveröffentlichung hingegen gar nicht eingegangen.
- Die **CDU** erwähnt, dass sie sich für mehr Transparenz dem Parlament gegenüber eingesetzt habe, bezieht sich in ihrem Standardantwortschreiben aber vor allem auf die Forderung nach Vorabveröffentlichung von Projektdaten, die sie verwirft, da dies den Unternehmen unter Wettbewerbsgesichtspunkten nicht zuzumuten sei. Mit dieser Haltung räumt sie wirtschaftlichen Interessen das Primat vor umwelt- oder entwicklungspolitischen Belangen ein.
- Ähnlich argumentiert die **FDP**, die sich in den Fragebögen mehrheitlich für Transparenz ausspricht und diese im Standardantwortschreiben als wünschenswert bezeichnet, darunter aber vor allem Transparenz gegenüber den Bundestagsabgeordneten versteht. Sie geht in ihrem Standardantwortschreiben nicht weiter auf die möglichen positiven Informationseffekte einer weiter gefassten Transparenz ein.
- Die **SPD-Basis** findet sich in ihren Argumentationen in Einklang mit **Grünen** und **PDS**, die mehr Transparenz begrüßen, um eine frühzeitige Diskussion der Vor- und Nachteile von Projekten zu ermöglichen und damit Fehlentscheidungen zu verhindern. Sie sehen so die Gewährleistung von Nachhaltigkeit am ehesten gegeben und bewerten Transparenz zudem als ein hilfreiches Mittel im Kampf gegen Korruption.

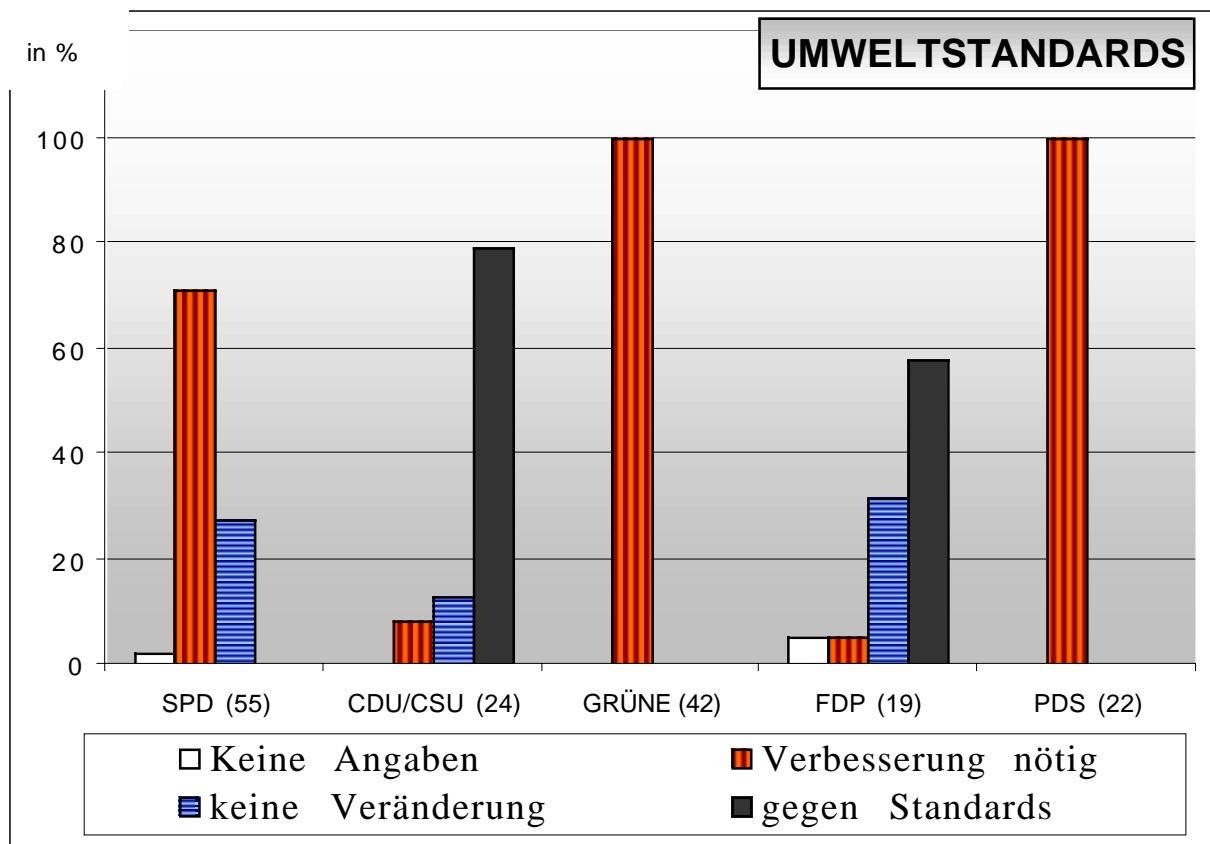
Umweltstandards

Die bestehenden Umweltleitlinien in der Außenwirtschaftsförderung stufen Nichtregierungsorganisationen als zu schwach ein. Es fehlt an verbindlichen Verfahren und Standards, zumal im Normalfall einzig und allein die Angaben des Exporteurs als Entscheidungsgrundlage herangezogen werden. Trotz Leitlinien, so kritisieren sie, bleibt das oberste Prinzip der Außenwirtschaftsförderung die flexible Einzelfallentscheidung. Diese lassen zu, dass im Zweifelsfall ökonomische über ökologische Interessen gestellt werden. Zudem werden nach wie vor Umweltverträglichkeitsprüfungen zu den zu fördernden Projekten nicht verbindlich verlangt.

Zu diesem Punkt betonen fast alle Parteien unisono, unabhängig davon, ob sie für eine Verschärfung plädieren oder generell skeptisch gegenüber Umweltstandards eingestellt sind, dass an diesem Punkt gemeinsam auf internationaler Ebene Schritte unternommen werden müssen. Da alle Industrienationen Instrumente zur Außenwirtschaftsförderung haben, werden Wettbewerbsnachteile im Falle nationaler Alleingänge befürchtet.

„Wie stehen Sie zu Umweltstandards?“

- „Ich halte bei ökologisch sensitiven Projekten die Einführung von verbindlichen internationalen Mindeststandards für notwendig, unabhängig vom deutschen Lieferanteil“
- „Ich halte die vorhandenen Leitlinien für völlig ausreichend.“
- „Es sollen prinzipiell keine fixen Umweltstandards vorgegeben werden.“



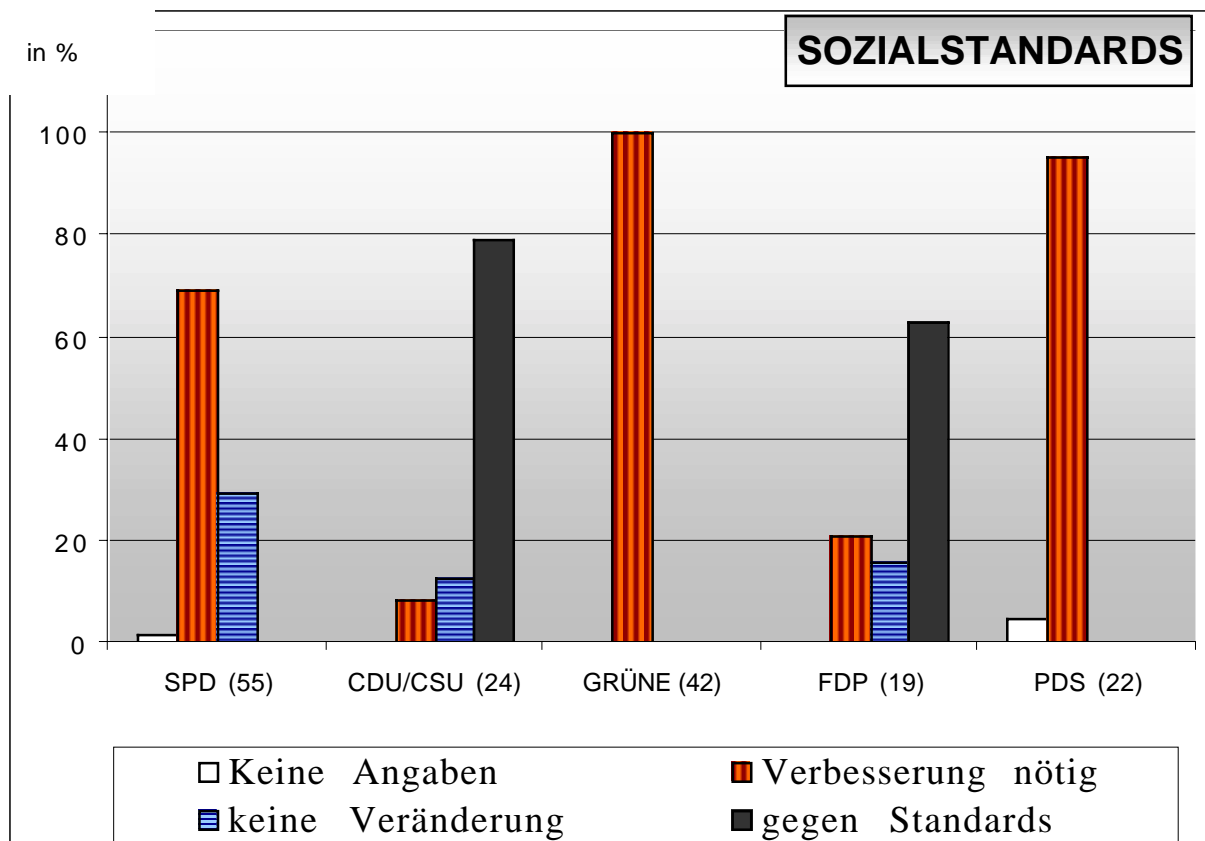
- Die **CDU** ist beim Thema Umweltstandards der Auffassung, dass die neuen Hermesleitlinien keine Verbesserung gebracht haben, sondern das Verfahren nur verkompliziert hätten. Gerade die CDU wehrt sich vehement gegen nationale Alleingänge in Sachen Umweltstandards, weil sie Wettbewerbsnachteile für die deutsche Wirtschaft befürchtet. Sie spricht sich dafür aus, nur die anteiligen Lieferungen einzelner Firmen auf ihre Umweltverträglichkeit zu prüfen, statt die Gesamtprojekte. So würde die Lieferung einer einzelnen Maschine für ein Zellstoffwerk geprüft, nicht jedoch, die Auswirkungen des gesamten Werkes. Diese Weigerung, die Gesamtwirkung von Projekten statt der Umweltrelevanz der konkreten Ausfuhrüter zu prüfen und daraus ggf. Konsequenzen zu ziehen, zeigt erneut die stark wirtschaftliche Orientierung der CDU.
- Die **FDP** stellt ebenfalls heraus, dass die Außenwirtschaftsförderung so unbürokratisch und flexibel wie möglich zu halten sei, sie dringt vor allem darauf, dass die Kosten der Informationsaufbereitung in vertretbarer Relation zum Auftragsvolumen bleiben sollen. Zudem hält die FDP wegen der Fülle unterschiedlicher Vorhaben standardisierte Prüfverfahren nicht für möglich, sie gibt nur an, dass internationale Normen der Weltbank und der World Commission on Dams „angemessen einbezogen werden“ sollen. Wichtigstes Ziel für die FDP ist es, durch die Außenwirtschaftsförderung neue Märkte zu erobern.
- Die **SPD-Spitze** nimmt wieder für sich in Anspruch, mit den Hermesleitlinien alles Erreichbare bezüglich Umweltstandards realisiert zu haben, weshalb kein weiterer Veränderungsbedarf bestehe. Im SPD-Standardbrief räumt jedoch auch die Parteispitze ein, dass möglicherweise noch nicht alle Fragen zufriedenstellend gelöst seien. Ähnlich der CDU und FDP gibt die offizielle Parteilinie der Einzelfallprüfung gegenüber festgeschriebenen Standards den Vorrang.
- Davon weicht die Meinung der **SPD-Basis** erneut ab und entspricht damit den Aussagen der **Grünen** und der **PDS**. Für Umweltstandards wird ins Feld geführt, dass nur objektive Prüfverfahren Missbrauch verhindern können. Ein einzelner SPD-Kandidat spricht sich sogar für nationale Alleingänge in der Außenwirtschaftsförderung aus, da Deutschland eine Vorbildrolle bei der Durchsetzung internationaler Standards habe und somit erste Schritte machen solle. Diese Position findet sich auch bei den Grünen wieder. Letztere erwähnen explizit die Weltbankstandards als wünschenswerte verbindliche Richtschnur bei Umweltprüfungen. Die PDS nennt zudem noch ausdrücklich die Empfehlungen der World Commission on Dams, die verbindlich beachtet werden sollen.

Sozialstandards

Die Nichtregierungsorganisationen kritisieren, dass bei der Vergabe von Bürgschaften, Krediten und Garantien bislang nicht die Einhaltung sozialer Mindeststandards verlangt wird. Die Antragsteller werden z.B. nicht dazu verpflichtet, die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen einzuhalten, die die Erfüllung der ILO-Kernarbeitsnormen verlangen (z.B. die Zulassung freier Gewerkschaften, Verbot von Zwangsarbeit, Kinderarbeit und Diskriminierung im Beruf). Zudem bemängeln die NROs, dass Konsultationen mit der von Projekten betroffenen Bevölkerung nicht vorgeschrieben sind.

„Wie stehen Sie zu der Einführung von Sozialstandards und Sozialverträglichkeitsprüfungen bei der Vergabe von staatlich abgesicherten Bürgschaften, Garantien und Krediten?“

- „Ich bin für die Einführung von Sozialverträglichkeitsprüfungen und Sozialstandards“
- „Ich sehe keinen Veränderungsbedarf“



- „Es sollen prinzipiell keine Sozialstandards vorgegeben werden“

- In der Frage der Sozialstandards trifft die **FDP** in ihrem Standardbrief die eindeutigste Aussage: sie lehnt eine Koppelung der Außenwirtschaftsförderung an die Durchsetzung von Sozialstandards nach deutschen Vorstellungen explizit und grundsätzlich ab. Die FDP-Parteilinie postuliert Wandel durch Handel und geht davon aus, dass ein liberaler Welthandel am ehesten ein Garant für soziale Verbesserungen ist. Dass die staatliche

Außenwirtschaftsförderung allerdings alles andere als ein Instrument des freien Marktes ist, bleibt unerwähnt. Unter den Personen, die statt des Standardbriefes einen eigenen Fragebogen ausgefüllt haben, befürworten 4 Personen hingegen die Einführung von Sozialstandards. Sie vertreten offenbar den sozialliberalen Teil der FDP..

- *Die **CDU** mißt dem Thema Sozialstandards die geringste Rolle zu. Sie handelt es im Standardbrief gemeinsam mit den Umweltstandards ab und vertritt wie bei den Umweltstandards den Standpunkt, dass das aktuell gültige Verfahren unnötige Bürokratie mit sich bringe und im Einzelfall die Vergabep Praxis erschwere. Im übrigen geht sie nicht weiter auf die Frage der Sozialstandards ein, sondern verurteilt mögliche nationale Alleingänge als Wettbewerbsnachteil für die deutsche Wirtschaft.*
- *Der **SPD** als sozialdemokratischer Partei müssten die Sozialstandards besonders am Herzen liegen. Sie zerfällt jedoch auch bei diesem, ihrem ureigensten Thema in Spitze und Basis. Die **SPD-Spitze** trägt wirtschaftlichen Interessen Rechnung und verweist in ihrem Standardbrief auf die Leitlinien, die in einem festgelegten Verfahren mit hohem Grad an Verbindlichkeit soziale, menschenrechtliche und entwicklungspolitische Aspekte einbezögen. Sie postuliert, dass dieses Verfahren sich bewährt habe und mehr nicht durchsetzbar sei. Was sie dabei außer acht lässt, ist, dass z.B. schon der kleine Nachbar Niederlande die Vergabe von Exportkreditversicherungen für Firmen an die Einhaltung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen knüpft. Die **SPD-Basis** hält demgegenüber die sozialdemokratischen Ideale hoch und tritt für Verbesserungen im Bereich der Sozialstandards ein. Sie fühlt sich verpflichtet auch in der Außenwirtschaftsförderung Verantwortung für die Arbeitsverhältnisse in anderen Ländern zu übernehmen und sieht politische(n) Gestaltungsbedarf sowie –möglichkeiten.*
- ***Grüne** und **PDS** sprechen sich deutlich für Sozialstandards aus. Sie stellen klar, dass die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen Mindestanforderungen seien, die eingehalten werden müssten und führen als Begründung globale soziale Gerechtigkeit an, die die Voraussetzung für Frieden, Außenhandel, nachhaltige und stabile Entwicklung sei. Dementsprechend fordern einige grüne KandidatInnen, auch Menschenrechtsverletzungen und Auswirkungen auf die Verschuldung von Ländern systematisch zu prüfen. Zusätzlich begründet die PDS die dringende Notwendigkeit für verbesserte Sozialstandards damit, dass Großprojekte der Vergangenheit oft Vertreibung und Zerstörung sozialer und kultureller Zusammenhänge statt positiver Effekte gebracht hätten.*

Ausschlusskriterien

In den neuen Hermesleitlinien werden Nukleartechnologien zum Neubau bzw. zur Umrüstung von Atomanlagen von der Exportförderung ausgeschlossen. Maßnahmen und Ausrüstungen zur Stilllegung und zur Verbesserung der Sicherheitsstandards bleiben nach wie vor möglich, auch dann, wenn letztere zu einer Verlängerung der Betriebslaufzeit der Anlage führen. Der KfW fehlen solche Ausschlusskriterien völlig. Nichtregierungsorganisationen kritisieren das Atomausschlusskriterium als noch zu weit gefasst, da ein Ermessensspielraum besteht, was genau unter „Nukleartechnologien“ zu verstehen sei. Zudem fehlen ihnen weitere Ausschlusskriterien wie etwa für Rüstungsexporte oder Projekte, die in Naturschutzgebieten realisiert werden.

„Wie stehen Sie zu Ausschlusskriterien in der Außenwirtschaftsführung?“

- „Ich bin gegen die Benennung von Ausschlusskriterien.“

- „Ich halte das bestehende Ausschlusskriterium für ausreichend.“

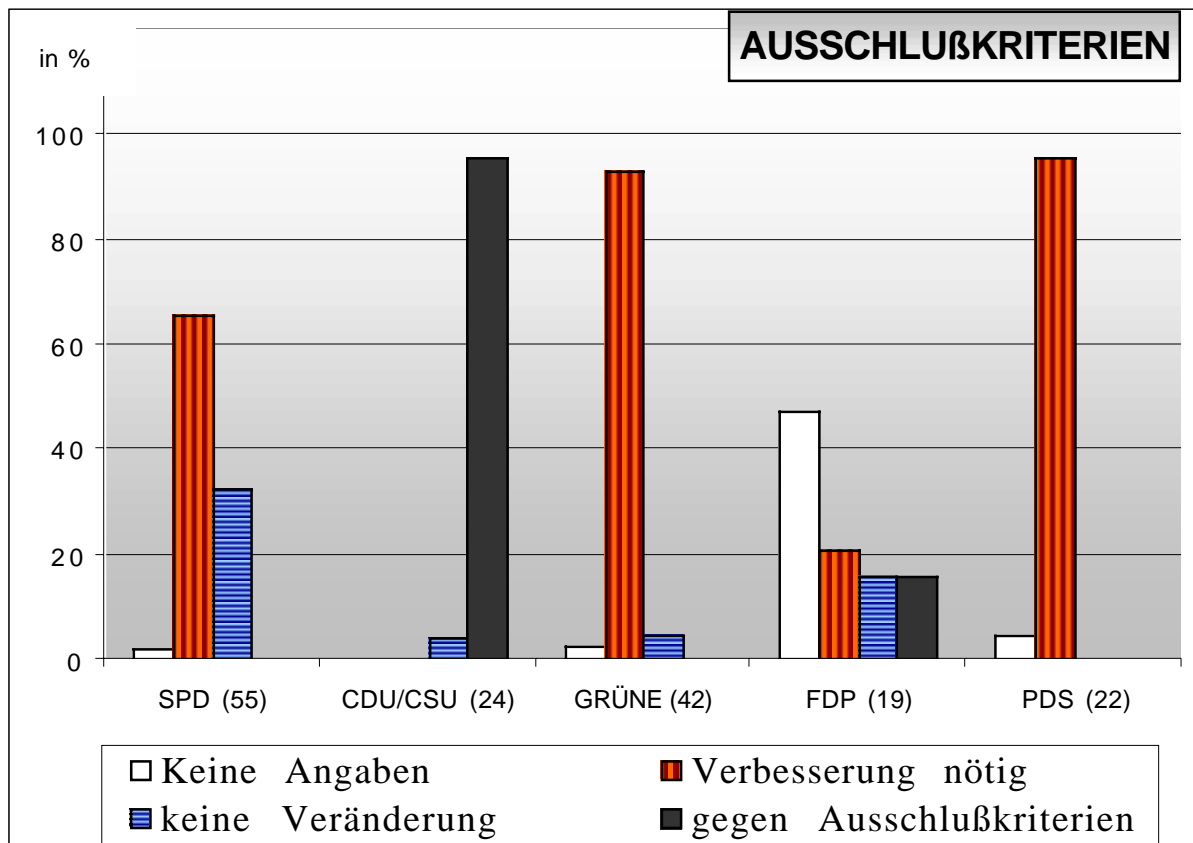
- „Weitere Ausschlusskriterien sollten in der Außenwirtschaftsförderung eingeführt werden, z.B. für Rüstungsexporte

Projekte, die große Umsiedlungsmaßnahmen erfordern

Projekte mit negativen Auswirkungen auf ökologisch besonders sensible Gebiete, z.B. Naturschutzgebiete, Primärwälder, von indigenen Völkern genutzte Gebiete.

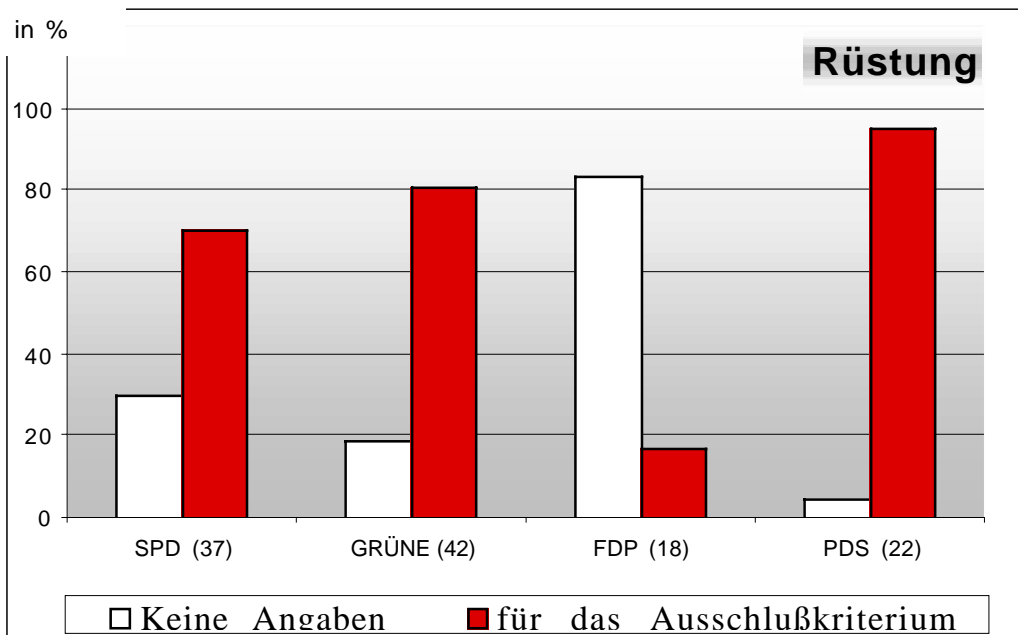
Alle Exporte/Investitionen für Nuklearprojekte, die nicht der Schließung von Anlagen dienen oder zur Sicherheitsverbesserung bestehender Anlagen führen, ohne deren Betriebslaufzeit zu verlängern

Firmen, die in Korruption verwickelt waren. Sie sollen künftig von der Außenwirtschaftsförderung ausgeschlossen werden.

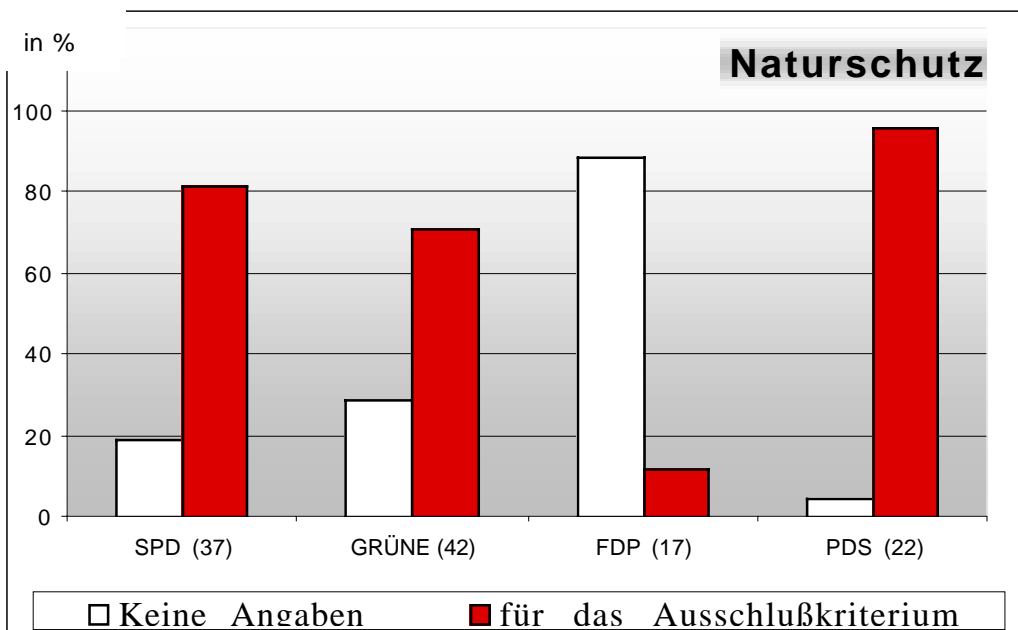


- *Ausschlusskriterien jedweder Art lehnt vor allem die **CDU** kategorisch ab: sie sieht darin einen zu starken Eingriff in das System der Außenwirtschaftsförderung. Dieser Haltung widerspricht nur ein einziger Kandidat, der die aktuelle Regelung für hinreichend hält.*
- *Die **FDP** äußert sich in ihrem Standardbrief nicht zu Ausschlusskriterien, die KandidatInnen, die den Fragebogen ausgefüllt haben, sprechen sich jedoch z.T. für solche Kriterien aus.*
- *Die **SPD** bietet das übliche Bild: die Parteispitze hält die geltenden Regeln für gut und weist darauf hin, dass es Beschränkungen bei hoch sensiblen Projekten gebe, etwa Kernkraftwerke, Rüstungsexporte, Exporte gefährlicher Chemikalien und bei großen Staudamm-Projekten. Darauf, dass „Beschränkungen“ mitnichten „Ausschluß“ bedeuten, geht die Parteispitze nicht ein. Die Mehrheit der teilnehmenden SPD-KandidatInnen spricht sich jedoch für Ausschlusskriterien aus.*
- ***PDS** und **Grüne** sprechen sich deutlich für Ausschlusskriterien aus.*

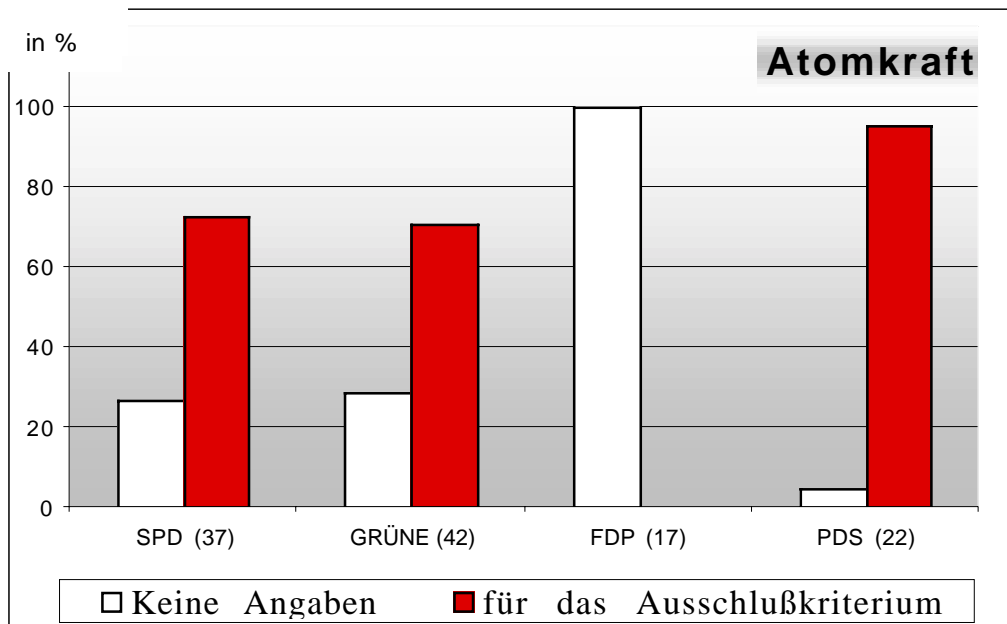
Im Fragebogen waren einige Ausschlusskriterien spezifiziert, zu denen sich die KandidatInnen ebenfalls äußern konnten. Da die CDU die Benennung von Ausschlusskriterien prinzipiell ablehnt, äußerte sie sich nicht weiter zu den einzelnen Kriterien. Daher wird sie in den folgenden Graphiken zu den einzelnen Ausschlusskriterien nicht aufgeführt.



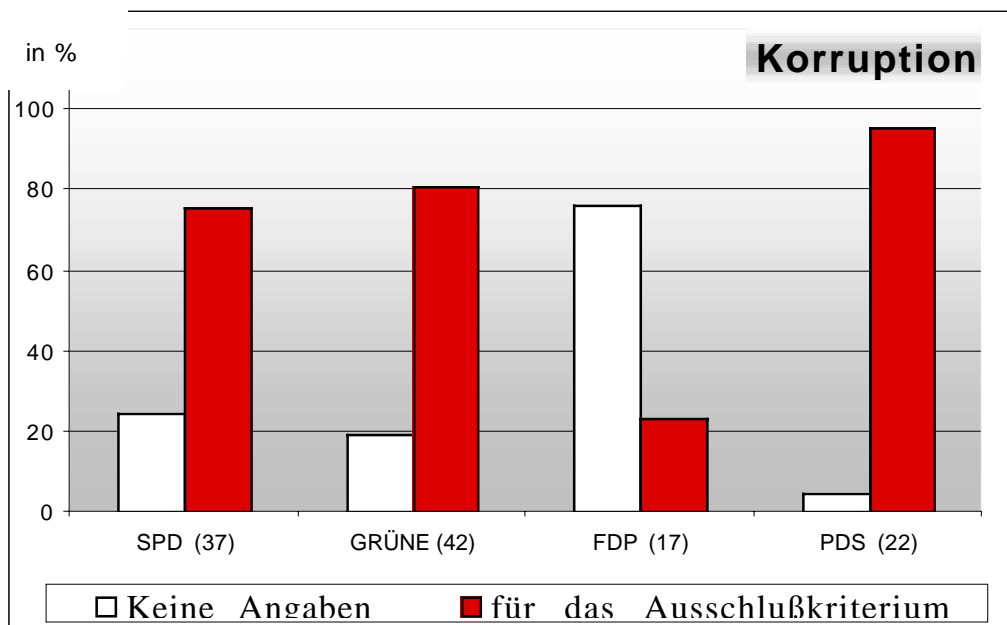
Die **FDP** äußerte sich positiv zu einzelnen Ausschlusskriterien, darunter Rüstungsexporte, ein Ausschlusskriterium, das auch von **PDS**, den **Grünen** und Teilen der **SPD** begrüßt wurde.



Noch größerer Beliebtheit innerhalb der **SPD** erfreute sich das Kriterium „Ausschluß von Projekten mit negativen Auswirkungen auf ökologisch besonders sensible Gebiete, z.B. Naturschutzgebiete, Primärwälder, von indigenen Völkern genutzte Gebiete“. **Grüne** und **PDS** unterstützen dieses Kriterium ebenfalls.

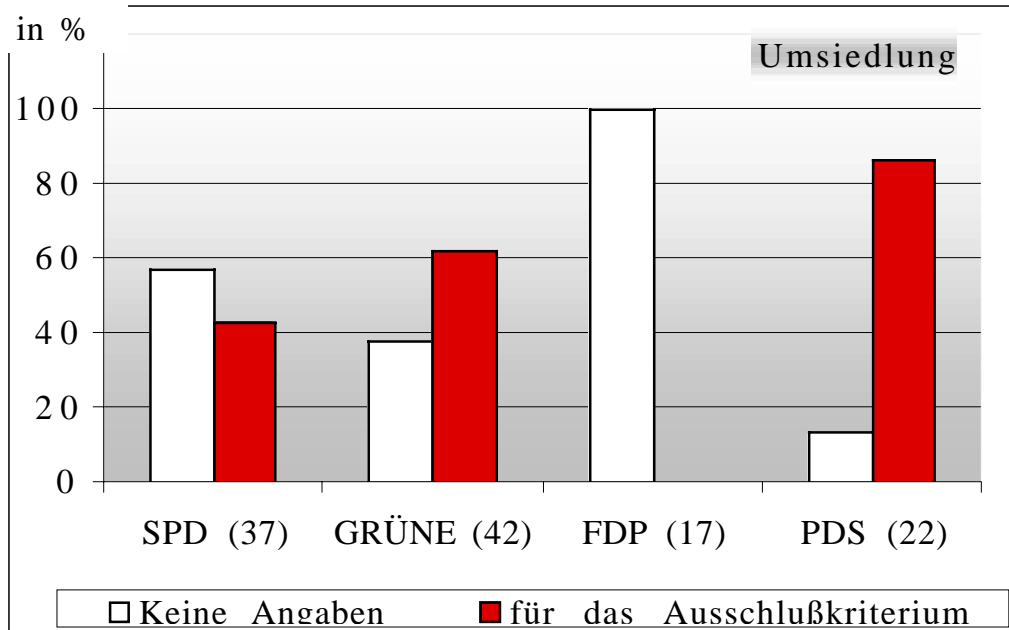


Die KandidatInnen von SPD, Grünen und PDS befürworten den Ausschluß von Nuklearprojekten aus der Exportförderung. Die FDP zieht es vor, sich dazu nicht explizit zu äussern. Parteilinie ist es, Atomkraft aus Klimaschutzgründen nicht komplett zu verwerfen.



Das Thema „Korruption“ wurde innenpolitisch Anfang Juli mit dem Gesetzesentwurf für ein Zentralregister korrupter Firmen angegangen. Vorerst wurde das Gesetz im Bundesrat mit den Stimmen der CDU/CSU gestoppt. Für die Außenwirtschaftspolitik bezieht sich die CDU in ihrem Standardbrief auf die Forderung nach Korruption als Ausschlußkriterium und weist darauf hin, dass sich Firmen bereits heute strafbar machen, wenn Hermes-gedckte Verträge durch Korruption zustande kommen. Dieser Hinweis lässt jedoch außer acht, dass den Firmen im

Prinzip nichts weiter droht, als im Schadensfall keine Entschädigung zu bekommen. Abschreckend wirkt die bisherige Regelung noch nicht, das könnte erst durch den Ausschluss von in Korruption verwickelte Firmen von künftigen Bürgschaften erreicht werden. Unter den FDP-KandidatInnen können sich hingegen einige für das Ausschlußkriterium „Korruption“ erwärmen. Die Grünen befürworten einen Ausschuß von Firmen, sofern sich diese Korruption haben zuschulden kommen lassen, wollen einen solchen Ausschuß jedoch zeitlich begrenzt sehen.



Den geringsten Zuspruch findet das Ausschlußkriterium „Projekte, die große Umsiedlungsmaßnahmen erfordern“. Für diesen Punkt machen sich v.a. PDS-KandidatInnen stark, die bereits an anderen Punkten ihre Besorgnis gerade gegenüber großen Staudammprojekten geäußert haben.

Fazit

Die Umfrage liefert ein deutliches Bild über die Position deutscher (auch angehender) ParlamentarierInnen zum Thema Außenwirtschaftsförderung.

Sie zeigt dabei, daß bei diesem Thema auch innerhalb einzelner Fraktionen die Meinungen weit auseinander gehen. So werden im rot-grünen Lager die neuen Hermesleitlinien von 2001 sehr unterschiedlich bewertet. Während die einen sie als Erfolg präsentieren und keinen weiteren Handlungsbedarf sehen, betrachten andere sie als einen ersten Schritt in die richtige Richtung, dem aber weitere folgen müssen. Der nachgezeichnete Konflikt zwischen SPD-Parteispitze und -basis ergibt sich aus dem Standardbrief und dem standardisiert ausgefüllten Fragebogen gegenüber den individuell ausgefüllten Fragebögen einer Vielzahl von SPD-KandidatInnen. Unter letzteren, die durchweg weitere Reformschritten für notwendig erachten, befinden sich auch Vertreter aus Fraktions- und Parteivorstand.

Die Grünen, obwohl sie die als zu unverbindlich kritisierten Hermesleitlinien von 2001 mit getragen haben, sehen deutlich die Schwächen der bestehenden Regelung. Sie versprechen weitere Reformaktivitäten, sollten sie an der kommenden Regierung wieder beteiligt sein.

CDU und FDP sehen in Hermesbürgschaften, Investitionsgarantien und staatlichen Krediten v.a. ein Wirtschaftsförderinstrument, das von sogenannten „sachfremden Überlegungen“ aus den Politikfeldern Entwicklungs-, Umwelt- und Außenpolitik freizuhalten sei. In ihrer Argumentation übernehmen sie die Perspektive der großen deutschen Wirtschaftsverbände, treten als deren Lobby auf und messen alle Reformforderungen daran, welche negativen Auswirkungen sie für die Wirtschaft haben könnten.

Ganz anders die Sichtweise der PDS: sie kritisiert die Außenwirtschaftsförderung v.a. aus einer entwicklungspolitischen Perspektive heraus und bezeichnet die Hermesleitlinien als einzige Partei als nichtssagend und zu schwach.

Die Außenwirtschaftsförderung wird demnach auch in der kommenden Legislaturperiode weiter für Auseinandersetzungen sorgen.

Anlage: Fragebogen

Fragebogen zur Außenwirtschaftsförderung

An die BundestagskandidatInnen 2002

Name: _____
Partei: _____
Wahlkreis: _____
Sachthemen: _____

1.) Transparenz

Eine Veröffentlichung von Projektdaten vor der Entscheidung über Bürgschaften, Garantien oder Kredite erlaubt betroffener Bevölkerung und Nichtregierungsorganisationen, zusätzliche Informationen zur Verfügung zu stellen. Sie haben so die Möglichkeit, ggf. kritisch Stellung zu ökologisch und sozial sensitiven Projekten zu nehmen. Dadurch können die Angaben des Exporteurs/Investors auf ihre Richtig- und Vollständigkeit geprüft und durch dieses System der Früherkennung mögliche negative Umwelt- und Sozialeinflüsse minimiert werden. In Australien, Japan und den USA werden umweltrelevante Informationen vor Entscheidungen im Internet veröffentlicht und können über mehrere Wochen kommentiert werden. In Deutschland werden bisher nur Hermesbürgschaften ab 15 Mio. Euro nach der Vergabeentscheidung im Internet veröffentlicht und auch das nur, wenn der Exporteur zustimmt.

Wie stehen Sie zu mehr Transparenz in der Außenwirtschaftsförderung?

- Ich befürworte eine weitergehende Transparenz.
- Ich sehe keinen Veränderungsbedarf zur momentan bestehenden Regelung.
- Ich halte die bestehenden Regelungen zur Transparenz bereits für zu weitgehend.

Begründung:

2.) Umweltstandards

Die Umweltleitlinien aller Instrumente der Außenwirtschaftsförderung werden als zu wenig verbindlich kritisiert. Bei Hermesbürgschaften werden die Umweltauswirkungen der deutschen Lieferung bewertet, nicht die des gesamten Projektes (z.B. die Schaltanlage statt des Staudammes). Die KfW bemüht sich, "im Rahmen ihrer Möglichkeiten" "sachgerechte" Prüfungen durchzuführen und Umweltrisiken zu vermeiden, verzichtet aber auf die Festschreibung verbindlicher Verfahren und Standards. In der Entscheidungspraxis verlässt man sich auf die Angaben des Investors/Exporteurs und holt keine unabhängigen Gutachten ein. Auch ein Monitoring ist nicht vorgesehen. Nur die Einhaltung der im Bestellerland geltenden Umweltstandards ist vorgeschrieben, diese bleiben jedoch in vielen Fällen weit hinter internationalen Standards zurück (z.B. denen der Weltbank/EBRD/EU). Oberstes Prinzip in der Außenwirtschaftsförderung bleibt die Flexibilität und die Einzelfallentscheidung.

Wie stehen Sie zu Umweltstandards?

- Ich halte bei ökologisch sensitiven Projekten die Einführung von verbindlichen internationalen Mindeststandards für notwendig, unabhängig vom deutschen Lieferanteil
- Ich halte die vorhandenen Leitlinien für völlig ausreichend.

b.w.

- Es sollten prinzipiell keine fixen Umweltstandards vorgegeben werden.

Begründung:

3.) Sozialstandards

Bisher werden bei der Vergabe von Bürgschaften, Krediten und Garantien keine sozialen Kriterien/Mindeststandards verlangt. Die Antragsteller werden z.B. nicht dazu verpflichtet, die im Jahr 2000 neu gefassten OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen einzuhalten, die klare Vorschriften für das Verhalten von Firmen geben wie etwa die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen (z.B. Zulassung freier Gewerkschaften, Verbot von Zwangsarbeit, Kinderarbeit und Diskriminierung im Beruf). Konsultationen mit von Projekten betroffener Bevölkerung sind ebenfalls nicht verbindlich vorgeschrieben.

Wie stehen Sie zu der Einführung von Sozialstandards und Sozialverträglichkeitsprüfungen bei der Vergabe von staatlich abgesicherten Bürgschaften, Garantien und Krediten?

- Ich bin für die Einführung von Sozialverträglichkeitsprüfungen und Sozialstandards.
- Ich sehe keinen Veränderungsbedarf.
- Es sollten prinzipiell keine Sozialstandards vorgegeben werden.

Begründung:

4.) Ausschlusskriterien

Den neuen Hermesleitlinien folgend sind Nukleartechnologien zum Neubau bzw. zur Umrüstung von Atomanlagen von der Exportförderung ausgeschlossen, Maßnahmen und Ausrüstungen zur Stilllegung und Verbesserung der Sicherheitsstandards bleiben nach wie vor möglich, auch dann, wenn letztere zu einer Verlängerung der Betriebslaufzeit der Anlage führen. Für weitere Bereiche der Außenwirtschaftsförderung werden keine Ausschlusskriterien genannt.

Wie stehen Sie zu Ausschlusskriterien in der Außenwirtschaftsförderung?

- Ich bin gegen die Benennung von Ausschlusskriterien.
- Ich halte das bestehende Ausschlusskriterium für ausreichend.
- Weitere Ausschlusskriterien sollten in der Außenwirtschaftsförderung eingeführt werden, z.B. für
- Rüstungsexporte.
 - Projekte, die große Umsiedlungsmaßnahmen erfordern.
 - Projekte mit negativen Auswirkungen auf ökologisch besonders sensible Gebiete, z. B. Naturschutzgebiete, Primärwälder, von indigenen Völkern genutzte Gebiete.
 - alle Exporte/Investitionen für Nuklearprojekte, die nicht der Schließung von Anlagen dienen oder zur Sicherheitsverbesserung bestehender Anlagen führen, ohne deren Betriebslaufzeit zu verlängern.
 - Firmen, die in Korruption verwickelt waren. Sie sollen künftig von der Außenwirtschaftsförderung ausgeschlossen werden.
 - weitere: